

Demokratie braucht Engagement - und starke Sozialpartner

von Jan Duscheck, Fachgruppenleiter Bankgewerbe der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, und Dominik Lamminger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB

Der 23. Mai ist mehr als ein historisches Datum. Der Geburtstag unseres Grundgesetzes erinnert nicht nur an den Beginn der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Er führt uns auch vor Augen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erstmals in diesem Jahr mit dem „Ehrentag“ den Fokus an diesem Tag auf das ehrenamtliche Engagement gelegt hat, ist deshalb weit mehr als eine symbolische Geste. Es ist ein bewusstes Signal in einer Zeit, in der demokratische Institutionen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Vertrauen in öffentliche Debatten zunehmend unter Druck geraten.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verletzlich demokratische Gesellschaften geworden sind. Polarisierung, Verschwörungstheorien und gezielte Angriffe auf demokratische Institutionen nehmen zu. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche und gesellschaftlich Engagierte erleben immer häufiger Anfeindungen und Respektlosigkeit. Gleichzeitig wächst bei vielen Menschen das Gefühl politischer Entfremdung. Gerade deshalb braucht Demokratie heute mehr denn je Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen - im Großen wie im Kleinen.

Demokratie beginnt vor Ort

Zivilgesellschaftliches Engagement ist dabei kein schmückendes Beiwerk unseres Gemeinwesens, sondern eine tragende Säule demokratischer Stabilität. Ob in Sportvereinen, sozialen Initiativen, Gewerkschaften, Nachbarschaftsprojekten, Hilfsorganisationen oder in der Kommunalpolitik: Dort, wo Menschen sich einbringen, entsteht Vertrauen. Dort wird Demokratie konkret erfahrbar. Eine resiliente Demokratie beginnt nicht erst in Parlamenten oder Gerichten. Sie beginnt vor Ort - in Vereinen, Städten, Betrieben und Nachbarschaften.

Der Ehrentag des Bundespräsidenten setzt hierfür einen wichtigen Impuls. Denn demokratisches Engagement braucht nicht nur Anerkennung, sondern auch bessere Rahmenbedingungen. Wer sich engagieren soll, braucht Zeit, Freiräume und gesellschaftliche Unterstützung. Genau an diesem Punkt trägt auch die Arbeitswelt Verantwortung.

Schulterschluss von Gewerkschaften und Arbeitgebern

Die Sozialpartner im öffentlichen Bankgewerbe haben deshalb gemeinsam entschieden, ein Zeichen zu setzen. Die Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken und die Gewerkschaften haben sich zusammen darauf verständigt, das zivilgesellschaftliche Engagement der Beschäftigten gezielt zu stärken. Künftig erhalten die mehr als 60.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der öffentlichen Banken die Möglichkeit, einmal jährlich während der Arbeitszeit an Angeboten zur Förderung der Demokratie oder des gesellschaftlichen Engagements teilzunehmen.

Diese Vereinbarung ist weit mehr als eine tarifpolitische Regelung. Sie ist Ausdruck eines gemeinsamen Verständnisses von gesellschaftlicher Verantwortung. Arbeitgeber und Gewerkschaften zeigen damit, dass Sozialpartnerschaft gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen mehr sein kann als die Vertretung unterschiedlicher Interessen. Sie kann auch ein gemeinsames Bekenntnis zur demokratischen Kultur unseres Landes sein.

Die deutsche Sozialpartnerschaft ist dabei selbst eine demokratische Errungenschaft. Tarifautonomie bedeutet, dass zentrale Fragen der Arbeitswelt nicht staatlich verordnet, sondern von starken, legitimierten Sozialpartnern eigenverantwortlich ausgehandelt werden. Dieser organisierte Interessenausgleich ist ein Kernbestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft - und zugleich ein wichtiger Stabilitätsanker unserer Demokratie.

Öffentliche Banken stehen traditionell für Stabilität, Verlässlichkeit und Gemeinwohlorientierung. Sie finanzieren kommunale Infrastruktur, begleiten wirtschaftliche Transformationsprozesse und schaffen Investitionssicherheit in Zeiten großer Veränderungen. Doch wirtschaftliche Stabilität braucht gesellschaftliche Stabilität. Vertrauen in Institutionen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratische Resilienz sind längst auch zu Standortfaktoren geworden. Unsere Beschäftigten engagieren sich bereits heute in vielfältiger Weise - in Vereinen, sozialen Einrichtungen, Initiativen gegen Diskriminierung und Rassismus, Freiwilligen Feuerwehren oder im kommunalen Ehrenamt. Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern konkrete Unterstützung. Wer gesellschaftliche Verantwortung übernehmen will, braucht dafür auch die notwendigen Räume und Möglichkeiten.

Demokratie zu stärken ist keine Aufgabe einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Es ist eine gemeinsame Verantwortung von Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, denn Demokratie verteidigt sich nicht von selbst. Sie braucht Menschen, die sich einbringen. Und sie braucht Institutionen und auch Sozialpartner, die dieses Engagement ermöglichen.